



BENUTZERHINWEIS

Diese Broschüre enthält Informationen für Sie als Steuerbürgerin und als Steuerbürger. Sie erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und hat keine rechtliche Verbindlichkeit. Auch kann aufgrund eines redaktionell bedingten Vorlaufes nur eine begrenzte Aktualität gewährleistet werden. Die Druckschrift darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

.....

IMPRESSUM

HERAUSGEBER: Finanzministerium des Landes Nordrhein-Westfalen,
Presse- und Informationsreferat, Jägerhofstraße 6,
40479 Düsseldorf, Telefon: (02 11) 49 72-23 25,
Fax: (02 11) 49 72-23 00, eMail: Presse@fm.nrw.de,
Internet: <http://www.fm.nrw.de>
Broschürenbestellungen: Tel.: (01803) 100 110

REDAKTION: Hartmut Müller-Gerbes (verantwortl.) und Florian Torka
in Zusammenarbeit mit der Steuerabteilung

**GESTALTUNG
UND SATZ:** satz & grafik Jürgen Krüger, Kleinschmitthauser Weg 40,
40468 Düsseldorf

DRUCK:

Stand 1. September 2002

Das verwendete Papier besteht zu 100 % aus Recyclingstoff.

Inhalt



- 4** **Steuertipps für
 behinderte Mitbürger**



- 14** **Steuertipps für
 Senioren**





Steuertipps für behinderte Mitbürger

Behinderten Mitbürgern und ihren Angehörigen entstehen regelmäßig höhere Aufwendungen für ihren Lebensunterhalt oder für ihre berufliche Tätigkeit, als der Mehrzahl ihrer Mitbürger. Deshalb gibt es zahlreiche Steuererleichterungen in fast allen Steuerarten.



Lohn- und Einkommensteuer

Bei der Lohn- und Einkommensteuer erhalten Behinderte die steuerlichen Vergünstigungen in Form von Pauschalen bzw. Freibeträgen oder durch Abzug der tatsächlichen Mehraufwendungen bei der Einkommensermittlung. Arbeitnehmer können die meisten Steuervergünstigungen bereits durch Eintragung eines Freibetrags auf der Lohnsteuerkarte zur

Minderung des monatlichen Lohnsteuerabzuges (Lohnsteuerermäßigungsverfahren) geltend machen. Es gibt folgende Erleichterungen:

Pauschbetrag für Behinderte

Wegen der außergewöhnlichen Belastungen, die einem Behinderten unmittelbar infolge seiner Behinderung entstehen, wird von den Einkünften ein Pauschbetrag abgezogen, der sich nach dem dauernden Grad der Behinderung richtet.

Er beträgt bei einem Grad der Behinderung von			Euro
25	und	30	310
35	und	40	430
45	und	50	570
55	und	60	720
65	und	70	890
75	und	80	1 060
85	und	90	1 230
95	und	100	1 420



Bei Behinderten, deren Grad der Behinderung zwischen 25 und 45 liegt, ist eine Steuerermäßigung nur möglich, wenn

- ✗ wegen der Behinderung entweder ein gesetzlicher Anspruch auf Rente oder andere laufende Bezüge besteht, oder
- ✗ die Behinderung zu einer dauernden Einbuße der körperlichen Beweglichkeit geführt hat, oder
- ✗ die Behinderung auf einer typischen Berufskrankheit beruht.

Für Blinde oder Behinderte, die infolge der Behinderung nicht nur vorübergehend so hilflos sind, dass sie für eine Reihe von häufig und regelmäßig wiederkehrenden Verrichtungen zur Sicherung ihrer persönlichen Existenz im Ablauf des täglichen Lebens in erheblichem Umfang fremder Hilfe dauernd bedürfen (Hilflose), erhöht sich der jährliche Pauschbetrag auf 3 700 Euro (Merkzeichen „Bl“ oder „H“ im Behindertenausweis). Der erhöhte Pauschbetrag ist auch zu gewähren, wenn die Hilfe in Form einer Überwachung oder Anleitung zu den genannten Verrichtungen erforderlich ist oder wenn die Hilfe zwar nicht dauernd geleistet werden muss, jedoch eine ständige Bereitschaft zur Hilfeleistung notwendig ist. Im Übrigen steht dem Merkzeichen „H“ die Einstufung als Schwerstpflegebedürftiger in Pflegestufe III nach dem SGB XI, dem Bundessozialhilfegesetz oder diesen entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen gleich. Die Erfüllung dieser Voraussetzung ist durch Vorlage eines entsprechenden Bescheids nachzuweisen.

Die Pauschbeträge sind Jahresbeträge. Sie werden auch dann in voller Höhe gewährt, wenn die Behinderung nicht während des gesamten Jahres bestanden hat. Ändert sich der Grad der Behinderung im Laufe eines Kalenderjahres, wird stets der höhere Pauschbetrag für das gesamte Jahr berücksichtigt. Treten bei einer Person mehrere Behinderungen aus verschiedenen Gründen (z. B. als Kriegs- und als Unfallgeschädigter) auf, wird jeweils die Behinderung zu Grunde gelegt, die zum höchsten Pauschbetrag führt.

Der Grad der Behinderung kann bei einem Behinderungsgrad von mindestens 50 nur durch den Schwerbehindertenausweis oder durch einen Bescheid des zuständigen Versorgungsamtes nachgewiesen werden, in anderen Fällen durch eine Bescheinigung des zuständigen Versorgungs-

amtes aufgrund eines Feststellungsbescheids nach § 4 Abs. 1 des Schwerbehindertengesetzes oder durch Rentenbescheid (ausgenommen sind Bescheide von Trägern der gesetzlichen Rentenversicherung). Aufgrund dieser Unterlagen können die Pauschbeträge unter Umständen noch für zurückliegende Jahre gewährt und Steuerbescheide, in denen der Pauschbetrag noch nicht berücksichtigt ist, entsprechend geändert werden.

Sie können den Pauschbetrag auch in Anspruch nehmen, wenn die Voraussetzungen bei Ihrem Ehegatten vorliegen. Entsprechendes gilt für Ihre Kinder, für die Sie Kindergeld, einen Kinderfreibetrag oder einen Freibetrag für den Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf erhalten, sofern diese die Steuerermäßigung nicht selber in Anspruch nehmen.

Nachweis der Mehraufwendungen

Die Pauschbeträge für Behinderte dienen der Vereinfachung, weil ein Nachweis der Mehraufwendungen nur schwer erbracht werden kann. Wenn die tatsächlichen unmittelbar infolge der Behinderung entstehenden Aufwendungen jedoch über den vorgenannten Pauschbeträgen liegen, kann der höhere Betrag angesetzt werden. Die erhöhten Aufwendungen müssen dem Finanzamt allerdings belegt oder zumindest glaubhaft gemacht werden.

Wenn der Grad der Behinderung unter 25 oder wenn er zwischen 25 und 45 liegt und die sonstigen Voraussetzungen für die Gewährung von Pauschbeträgen nicht vorliegen, sind die entstandenen Mehraufwendungen ebenfalls im Einzelnen zu belegen oder zumindest glaubhaft zu machen.

In allen vorgenannten Fällen werden die anzuerkennenden Mehraufwendungen aber nur mit dem um die „zumutbare Belastung“ gekürzten Betrag steuerlich berücksichtigt. Die Höhe der „zumutbaren Belastung“ des Steuerpflichtigen ist abhängig vom Gesamtbetrag der Einkünfte, der Anzahl der Kinder und gegebenenfalls vom Familienstand.



Pauschbetrag und Einzelnachweis

In bestimmten Ausnahmefällen können nachgewiesene Aufwendungen neben den Pauschbeträgen berücksichtigt werden. Hierzu gehören z. B.

- ✗ außerordentliche Krankheitskosten, die durch einen akuten Anlass verursacht werden, zum Beispiel Kosten einer Operation,
- ✗ Aufwendungen für eine Heilkur, die aufgrund eines vor Kurantritt ausgestellten amtsärztlichen Attestes durchgeführt wird (die ärztliche Bescheinigung eines Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung steht dem amtsärztlichen Attest gleich),
- ✗ ein Aufwand für durch die Behinderung veranlasste unvermeidbare Fahrten mit dem eigenen Pkw von jährlich insgesamt 3 000 km mit einem Kilometersatz von 0,30 Euro bei einem Behinderungsgrad von mindestens 80. Bei Geh- und Stehbehinderten (Merkzeichen „G“ im Behindertenausweis) reicht ein Behinderungsgrad von mindestens 70 aus. Ein Aufwand für diese Fahrten von mehr als 3 000 km jährlich kann nur berücksichtigt werden, wenn nachgewiesen wird, dass diese Fahrten durch die Behinderung verursacht sind. Ist jemand so stark behindert, dass er sich außerhalb des Hauses nur mit Hilfe eines Kraftfahrzeuges bewegen kann (Merkzeichen „aG“, „Bl“ oder „H“ im Behindertenausweis), sind sowohl die Aufwendungen für durch die Behinderung veranlasste unvermeidbare Fahrten als auch für Freizeit-, Erholungs- und Besuchsfahrten bis zu 15 000 km jährlich mit einem Kilometersatz von 0,30 Euro abziehbar. Die tatsächliche Fahrleistung ist nachzuweisen (zum Beispiel anhand eines Fahrtenbuchs) oder zumindest glaubhaft zu machen. Eine höhere Fahrleistung als 15 000 km jährlich liegt in der Regel nicht mehr im Rahmen des Angemessenen und kann deshalb nicht berücksichtigt werden.
Unter den gleichen Voraussetzungen können auch nachgewiesene oder glaubhaft gemachte Aufwendungen für Taxifahrten in angemessenem Umfang berücksichtigt werden.
- ✗ Pflegekosten, die durch die Unterbringung eines Behinderten in einem Pflegeheim, in der Pflegestation eines Altenheims, in einem Altenpflegeheim oder durch die Beschäftigung einer ambulanten Pflege-

kraft verursacht sind; diese Aufwendungen können wie Kosten einer Unterbringung in einem Krankenhaus berücksichtigt werden, wenn sie nicht bereits durch den einem hilflosen Behinderten zustehenden erhöhten Pauschbetrag von 3 700 Euro und gegebenenfalls durch den Pauschbetrag für Heimunterbringung abgegolten sind. Die Aufwendungen sind allerdings um die Leistungen der sozialen und/oder einer privaten Pflegeversicherung zu kürzen. Ist wegen der pflegebedingten Heimunterbringung der private Haushalt aufgelöst worden, sind die berücksichtigungsfähigen Aufwendungen für das Pflegeheim wegen der sich ergebenden Einsparungen um einen Betrag von 7 188 Euro jährlich zu kürzen. Liegen die Voraussetzungen nur während eines Teils des Kalenderjahres vor, sind die anteiligen Beträge anzusetzen ($1/360$ pro Tag, $1/12$ pro Monat). Aufwendungen zur Pflege können auch bei nahen Angehörigen berücksichtigt werden, soweit diese für den Behinderten zwangsläufig die Kosten tragen müssen und soweit diese Kosten nicht durch den Pflege-Pauschbetrag abgegolten werden.

Von den berücksichtigungsfähigen Aufwendungen zieht das Finanzamt noch die „zumutbare Belastung“ ab, die sich nach der Höhe des Einkommens, der Anzahl der Kinder und dem Familienstand richtet.

Hilfe im Haushalt

Die durch die Beschäftigung einer Hilfe im Haushalt entstandenen Aufwendungen sind bis zu 924 Euro im Kalenderjahr als außergewöhnliche Belastung abziehbar, wenn der Steuerpflichtige, sein Ehegatte, eines der Kinder oder sonst jemand, der zum Haushalt gehört und unterhalten wird, schwer behindert (Behinderungsgrad von mindestens 50) oder hilflos ist (Merkzeichen „H“ im Behindertenausweis oder Einstufung in Pflegestufe III nach dem SGB XI bzw. entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen). Wird die Hilfe im Haushalt wegen Krankheit einer dieser Personen beschäftigt, sind die Aufwendungen bis zu 624 Euro abziehbar.



Heimunterbringung

Wenn der Steuerpflichtige oder sein Ehegatte in einem Heim zur dauernden Pflege untergebracht ist und die Aufwendungen für die Unterbringung Kosten für Dienstleistungen enthalten, die mit denen einer Hilfe im Haushalt vergleichbar sind, können die Aufwendungen bis zum Höchstbetrag von 924 Euro im Kalenderjahr abgezogen werden. Sind der Steuerpflichtige oder der Ehegatte in einem Heim untergebracht, ohne pflegebedürftig zu sein, sind die vergleichbaren Aufwendungen bis zum Höchstbetrag von 624 Euro abziehbar.

Die Höchstbeträge für die Beschäftigung einer Hilfe im Haushalt oder wegen Heimunterbringung können bei einem Steuerpflichtigen und seinem Ehegatten insgesamt nur einmal abgezogen werden. Etwas anderes gilt nur dann, wenn wegen der Pflegebedürftigkeit eines der beiden Ehegatten eine gemeinsame Haushaltsführung nicht möglich ist.

Pflege-Pauschbetrag

Ein Steuerpflichtiger kann wegen der außergewöhnlichen Belastungen, die ihm durch die persönliche Pflege einer nicht nur vorübergehend hilflosen Person (Merkzeichen „H“ im Behindertenausweis oder Einstufung in Pflegestufe III nach dem SGB XI bzw. entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen) in seiner Wohnung oder in der Wohnung des Pflegebedürftigen im Inland entstehen, anstelle seiner tatsächlichen Aufwendungen einen Pflege-Pauschbetrag von 924 Euro geltend machen, sofern er für die Pflege keine Einnahmen – zum Beispiel aus der gesetzlichen oder einer privaten Pflegeversicherung – erhält; Einnahmen in diesem Sinne liegen nicht vor, wenn das Pflegegeld unmittelbar zur Sicherung der erforderlichen Grundpflege sowie zur hauswirtschaftlichen Versorgung der hilflosen Person verwendet wird, zum Beispiel um eine andere Pflegeperson zu beschäftigen oder pflegenotwendige/-erleichternde Bedarfsgegenstände zu kaufen.

Der Pflege-Pauschbetrag wird nicht um die „zumutbare Belastung“ (siehe Seite 7) gekürzt; er wird auch dann in voller Höhe gewährt, wenn

die hilflose Person nur während eines Teils des Kalenderjahrs gepflegt worden ist. Bei Pflege durch mehrere Personen im Kalenderjahr wird der Pflege-Pauschbetrag aber auf die Zahl der anspruchsberechtigten Pflegepersonen aufgeteilt.

Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte

Berufstätige, deren Grad der Behinderung mindestens 70 beträgt oder die bei einem Grad der Behinderung von mindestens 50 gleichzeitig in ihrer Bewegungsfähigkeit im Straßenverkehr erheblich beeinträchtigt sind (Merkzeichen „G“ im Behindertenausweis), können für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte statt der Entfernungspauschale (0,36 Euro für die ersten zehn und 0,40 Euro ab dem elften Entfernungskilometer) die tatsächlichen Kosten für die Benutzung eines eigenen Kraftfahrzeuges ansetzen. Das Finanzamt berücksichtigt ohne besonderen Nachweis einen Kilometersatz von 0,60 Euro je Entfernungskilometer als Werbungskosten.

SONSTIGE STEUERN

Außer der Einkommen- und Lohnsteuer enthalten andere Steuerarten ebenfalls Steuererleichterungen für Behinderte. Nachfolgend weitere Vergünstigungen:

Kraftfahrzeugsteuer

Schwerbehinderte, die ein Kraftfahrzeug halten, können Befreiung von der Kraftfahrzeugsteuer oder Ermäßigung beantragen, solange das Fahrzeug nur im Zusammenhang mit ihrer Fortbewegung oder der Führung ihres Haushaltes benutzt wird.



Von der Kraftfahrzeugsteuer befreit ist das Halten von Fahrzeugen durch Schwerbehinderte, die hilflos, blind oder außergewöhnlich gehbehindert sind. Die Behinderung ist durch einen Ausweis im Sinne des Schwerbehindertengesetzes oder des Gesetzes über die unentgeltliche Beförderung Schwerbehinderter im öffentlichen Personenverkehr mit dem Merkzeichen „H“, „Bl“ oder „aG“ nachzuweisen.

Schwerbehinderte mit Anspruch auf Befreiung von der Kraftfahrzeugsteuer, die ein schadstoffarmes Fahrzeug halten, sollten, solange dies gesetzlich möglich ist, die Steuerbefreiung wegen Schadstoffarmut wählen. Für diesen Zeitraum entfallen die Nutzungsbeschränkungen.

Die Kraftfahrzeugsteuer ermäßigt sich um 50 v. H. für Schwerbehinderte, die infolge der Behinderung in ihrer Bewegungsfähigkeit im Straßenverkehr erheblich beeinträchtigt oder gehörlos sind. Als Nachweis für die Behinderung dient der vom Versorgungsamt nach den genannten Gesetzen auszustellende Ausweis mit orangefarbenem Flächenaufdruck in Verbindung mit dem Beiblatt ohne Wertmarke. Die Steuerermäßigung wird nicht gewährt, solange der Schwerbehinderte das Recht zur unentgeltlichen Beförderung nach § 59 des Schwerbehindertengesetzes gegen Zahlung einer Eigenbeteiligung in Anspruch nimmt.

Steuerbefreiung und -ermäßigung werden auf dem Fahrzeugschein vermerkt, die Steuerermäßigung außerdem auf dem Beiblatt zum Schwerbehindertenausweis.

Es ist sinnvoll, bereits bei der Zulassung des Fahrzeugs der Zulassungsstelle einen Hinweis auf die gewünschte Befreiung oder Ermäßigung zu geben. Das Finanzamt wird dann ohne weiteres Zutun des Schwerbehinderten tätig werden. Damit wird vermieden, dass zunächst der volle Steuerbetrag festgesetzt wird, was unnötigen Aufwand und Zeitverzögerung verursachen würde.

Umsatzsteuer

Von der Umsatzsteuer befreit sind Umsätze blinder Unternehmer, die nicht mehr als zwei Arbeitnehmer beschäftigen. Nicht als Arbeitnehmer

gelten der Ehegatte, die minderjährigen Abkömmlinge, die Eltern des Blinden und die Lehrlinge. Die Steuerfreiheit gilt nicht für die Lieferungen von Mineralölen und Branntweinen, wenn der Blinde für diese Erzeugnisse Mineralöl- oder Branntweinsteuer zu entrichten hat.

Außerdem sind folgende Umsätze von anerkannten Blindenwerkstätten und anerkannten Zusammenschlüssen von Blindenwerkstätten umsatzsteuerfrei:

- ✗ die Lieferung und die Entnahme von Blindenwaren und Zusatzwaren im Sinne des Blindenwarenvertriebsgesetzes und
- ✗ die sonstigen Leistungen, soweit bei ihrer Ausführung ausschließlich Blinde mitgewirkt haben.

Der ermäßigte Umsatzsteuersatz gilt für die Lieferung von Krankenfahrrädern, Körperersatzstücken, orthopädischen Apparaten und anderen Vorrichtungen, die Funktionsschäden oder Gebrechen beheben sollen.





Steuertipps für Senioren

Bei vielen älteren Bürgerinnen und Bürgern besteht angesichts der recht komplizierten Steuergesetze häufig Unsicherheit darüber, ob und in welchem Umfang ihre Altersbezüge steuerpflichtig sind. Hier finden Sie Informationen, welche Steuererleichterungen Sie in Anspruch nehmen können.

Zur Steuerpflicht der Altersbezüge

Entgegen weit verbreiteter Meinung sind auch Altersbezüge grundsätzlich einkommensteuer- bzw. lohnsteuerpflichtig. Bei den meisten Renten, insbesondere den Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung, kommt es jedoch zu keiner Steuererhebung, weil die zahlreichen Freibeträge, insbesondere der Grundfreibetrag, höher sind als der „Ertragsanteil“ der Rente.

Der Grundfreibetrag beträgt:			
	Ledige		Verheiratete
2001	14 093	DM	28 187 DM
2002	7 235	Euro	14 471 Euro
ab 2003	7 426	Euro	14 853 Euro
ab 2005	7 664	Euro	15 329 Euro

Eine Steuerschuld entsteht aber in der Regel dann, wenn zusätzlich zur Rente noch andere Einkünfte hinzukommen, zum Beispiel Beamten- oder Werkspensionen, Lohneinkünfte des Ehegatten, Mieteinkünfte, Zinsen aus Kapitalvermögen oder Einkünfte aus Nebentätigkeiten. Zweifel über die Steuerpflicht von Renteneinkünften lassen sich durch die Abgabe einer Einkommensteuererklärung oder Nachfrage beim zuständigen Finanzamt schnell beseitigen.

Besteuerung der Rentner

Einkommensteuerpflichtig sind unter anderem die Altersrenten, die Witwen-, Witwer- und Waisenrenten und die Erwerbs- und Berufsunfähigkeitsrenten.

Die Steuerpflicht erstreckt sich jedoch nicht auf die gesamte Rente, sondern nur auf einen bestimmten prozentualen Anteil. Die gesetzliche Regelung beruht darauf, dass mit der Rente zu einem Teil Kapital zurückgezahlt wird, das der Rentner und sein früherer Arbeitgeber an Rentenbeiträgen eingezahlt haben. Diese Rückzahlung unterliegt nicht der Einkommensteuer. Die Rente enthält jedoch auch eine Verzinsung des Kapi-



tals – oder genauer ausgedrückt – einen Ertrag, der über die bloße Kapitalrückzahlung hinausgeht. Dieser in jeder Rentenzahlung enthaltene Teil, den das Gesetz Ertragsanteil nennt, ist vergleichbar mit den Zinsen aus Sparguthaben und einkommensteuerpflichtig. Die Höhe des Ertragsanteils wird in Form von Tabellen gesetzlich festgelegt. Von dem Ertragsanteil werden noch die Aufwendungen zur Erwerbung, Sicherung und Erhaltung der Rentenbezüge (Werbungskosten), zum Beispiel für die Rentenberatung, abgezogen – mindestens der Werbungskosten-Pauschbetrag von 102 Euro jährlich. Der gewählte Vergleich des Ertragsanteils mit den Zinsen aus Sparguthaben bedeutet indessen nicht, dass beide Einkunftsarten steuerlich völlig gleichbehandelt werden müssten. So ist bei der Ermittlung der Renteneinkünfte zum Beispiel nicht der so genannte Sparer-Freibetrag zu berücksichtigen.

In vollem Umfang steuerfrei sind nur wenige Arten von Renten, vor allem
✗ Renten aus der gesetzlichen Unfallversicherung (zum Beispiel Berufsgenossenschaftsrenten), Kriegs- und Schwerbeschädigtenrenten und Wiedergutmachungsrenten.

Altersrente

Mit Erreichen der Altersgrenze erhalten Arbeiter und Angestellte aufgrund ihrer bisherigen Beitragsleistungen zur Rentenversicherung eine lebenslängliche Altersrente. Zurzeit wird die Altersgrenze mit Vollendung des 65. Lebensjahres erreicht. Bei Vorliegen der versicherungsrechtlichen Voraussetzungen kann bereits mit Vollendung des 63. Lebensjahres die vorgezogene Altersrente gewährt werden. Frauen sowie Personen, die schwerbehindert oder berufsunfähig bzw. erwerbsunfähig oder arbeitslos sind, können unter bestimmten Voraussetzungen schon ab Vollendung des 60. Lebensjahres Altersrente (nach neuem Rentenrecht gegebenenfalls unter Berücksichtigung von Rentenabschlägen) beziehen. Die Höhe des steuerpflichtigen Ertragsanteils richtet sich nach dem bei Beginn der Rente vollendeten Lebensjahr des Rentenberechtigten (siehe Tabelle Seite 17).

Unter Beginn der Rente ist der Zeitpunkt zu verstehen, von dem an versicherungsrechtlich ein Rentenanspruch besteht. Auf den Zeitpunkt des Rentenanspruchs oder der Zahlung kommt es nicht an.

Bei Beginn der Rente vollendetes Lebensjahr des Rentenberechtigten ergibt den Ertragsanteil

50	Jahre	43 %	70	Jahre	21 %
51	Jahre	42 %	71	Jahre	20 %
52	Jahre	41 %	72	Jahre	19 %
53	Jahre	40 %	73	Jahre	18 %
54	Jahre	39 %	74	Jahre	17 %
55	Jahre	38 %	75	Jahre	16 %
56	Jahre	37 %	76	Jahre	15 %
57	Jahre	36 %	77	Jahre	14 %
58	Jahre	35 %	78	Jahre	13 %
59	Jahre	34 %	79	Jahre	12 %
60	Jahre	32 %	80 bis 81	Jahre	11 %
61	Jahre	31 %	82	Jahre	10 %
62	Jahre	30 %	83	Jahre	9 %
63	Jahre	29 %	84 bis 85	Jahre	8 %
64	Jahre	28 %	86 bis 87	Jahre	7 %
65	Jahre	27 %	88	Jahre	6 %
66	Jahre	26 %	89 bis 91	Jahre	5 %
67	Jahre	25 %	92 bis 93	Jahre	4 %
68	Jahre	23 %	94 bis 96	Jahre	3 %
69	Jahre	22 %	ab 97	Jahre	2 %

Ein Arbeitnehmer, der das 63. Lebensjahr vollendet hat, „geht in Rente“ und erhält 920 Euro monatlich (= 11 040 Euro jährlich). Der steuerpflichtige Ertragsanteil für das gesamte Jahr beträgt 3 201 Euro (29 % von 11 040 Euro).

Wird die Altersrente zunächst als Teilrente in Anspruch genommen, so ist der Rentenbetrag, um den sich die Teilrente bei Inanspruchnahme der Vollrente erhöht, als selbstständige Altersrente zu behandeln.



Erwerbs- und Berufsunfähigkeitsrenten

Erwerbs- und Berufsunfähigkeitsrenten werden gezahlt, wenn beim Versicherten vor Erreichen der Altersgrenze Erwerbs- oder Berufsunfähigkeit eintritt. Der Anspruch auf Zahlung dieser Renten erlischt ab dem Zeitpunkt der Umwandlung in die Altersrente.

Erwerbs- und Berufsunfähigkeitsrenten sind also auf eine bestimmte Laufzeit beschränkt, und zwar auf den Zeitraum zwischen dem Beginn der Rente und dem Zeitpunkt der Umwandlung in die Altersrente. Der Ertragsanteil richtet sich deshalb nach der voraussichtlichen Laufzeit dieser abgekürzten Rente und ist einer gesonderten Tabelle (siehe nach dem Beispiel) zu entnehmen.

Dabei wird für die Bemessung der Laufzeit im Regelfall davon ausgegangen, dass mit Vollendung des 65. Lebensjahres die Umwandlung in die Regelaltersrente erfolgt.

Ein Arbeitnehmer erhält nach Vollendung des 55. Lebensjahres eine monatliche Berufsunfähigkeitsrente von 770 Euro (= 9 240 Euro jährlich). Der steuerpflichtige Ertragsanteil für das gesamte Jahr beträgt 1 755 Euro (19 % von 9 240 Euro).

Beschränkung der Laufzeit der Rente auf ... Jahre ab Beginn des Rentenbezuges (ab 1. Januar 1955, falls die Rente vor diesem Zeitpunkt zu laufen begonnen hat)

Der Ertragsanteil beträgt

1	Jahr	0 %	7	Jahre	13 %
2	Jahre	2 %	8	Jahre	15 %
3	Jahre	4 %	9	Jahre	17 %
4	Jahre	7 %	10	Jahre	19 %
5	Jahre	9 %	11	Jahre	21 %
6	Jahre	11 %	12	Jahre	23 %

13	Jahre	25 %	30	Jahre	47 %
14	Jahre	26 %	31	Jahre	48 %
15	Jahre	28 %	32	Jahre	49 %
16	Jahre	29 %	33	Jahre	50 %
17	Jahre	31 %	34 bis 35	Jahre	51 %
18	Jahre	32 %	36	Jahre	52 %
19	Jahre	34 %	37	Jahre	53 %
20	Jahre	35 %	38	Jahre	54 %
21	Jahre	36 %	39 bis 40	Jahre	55 %
22	Jahre	38 %	41	Jahre	56 %
23	Jahre	39 %	42	Jahre	57 %
24	Jahre	40 %	43 bis 44	Jahre	58 %
25	Jahre	41 %	45	Jahre	59 %
26	Jahre	43 %	46 bis 47	Jahre	60 %
27	Jahre	44 %	48 bis 49	Jahre	61 %
28	Jahre	45 %	50 bis 51	Jahre	62 %
29	Jahre	46 %	52 bis 53	Jahre	63 %

Von der Umwandlung in die Altersrente an sind für die Höhe des Ertragsanteils wieder das Lebensalter des Rentenberechtigten im Zeitpunkt der Umwandlung sowie die Tabelle für lebenslängliche Altersrenten maßgebend.

Hinterbliebenen- und Waisenrenten

Wenn der Versicherte stirbt, erhalten der hinterbliebene Ehegatte eine Witwen- oder Witwerrente und unter bestimmten Voraussetzungen Kinder eine Waisenrente.

Der Ertragsanteil der Hinterbliebenenrente wird in den meisten Fällen (zum Beispiel für Rentenberechtigte nach Vollendung des 45. Lebensjahres) nach der gleichen Tabelle wie für die Altersrente ermittelt. Maßgeblich ist danach das Alter des Rentenempfängers zu Beginn der Rente.



Bei Witwen und Witwern unter 45 Jahren kann unter bestimmten Voraussetzungen die Tabelle wie für Erwerbs- und Berufsunfähigkeitsrenten in Betracht kommen. Im Zweifelsfall hilft das Finanzamt gerne weiter.

Die Waisenrente wird grundsätzlich nur bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres, bei noch andauernder Ausbildung bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres gewährt. Der Ertragsanteil errechnet sich nach der gleichen Tabelle wie für Erwerbs- und Berufsunfähigkeitsrenten.

Die Altersgrenze von 27 gilt auch, wenn die Waise ein freiwilliges soziales Jahr oder ein freiwilliges ökologisches Jahr leistet oder wegen körperlicher, geistiger oder seelischer Behinderung außerstande ist, sich selbst zu unterhalten. Bei Unterbrechung der Ausbildung durch den gesetzlichen Wehrdienst/Zivildienst kann sich die Altersbegrenzung weiter erhöhen.

Steuerlich zu erklärender Rentenbetrag

Mit dem Ertragsanteil zu versteuern ist der aus der Renten(anpassungs)-mitteilung ersichtliche Rentenbetrag ohne Abzug der bei Auszahlung einbehaltenen eigenen Beitragsanteile zur Kranken- und Pflegeversicherung. Dieser Rentenbetrag ist in der Steuererklärung (Anlage SO) anzugeben. Die eigenen Beitragsanteile zur Kranken- und Pflegeversicherung werden als Sonderausgaben im Rahmen der gesetzlichen Höchstbeträge berücksichtigt.

Ist in der Renten(anpassungs)-mitteilung ein Zuschuss zu den Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen ausgewiesen, ist ebenfalls nur der (ungekürzte) Rentenbetrag in der Steuererklärung anzugeben; der Zuschuss zu den Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen ist steuerfrei.

In diesem Fall können die Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge in Höhe des steuerfreien Zuschusses nicht als Sonderausgaben abgezogen werden. Nur die über die Zuschüsse hinaus aus der Rente selbst aufgewendeten Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge sind im Rahmen der gesetzlichen Höchstbeträge als Sonderausgaben abziehbar.

Leistungen für Kindererziehung

Die Leistungen für Kindererziehung und deren steuerliche Behandlung richten sich nach dem Geburtsjahrgang der Mütter. Mütter der Geburtsjahrgänge **vor 1921** erhalten Zuschläge zur Rente, die steuerfrei sind. Dagegen erhöhen anzurechnende Kindererziehungszeiten bei Müttern der Geburtsjahrgänge **ab 1921** die Bemessungsgrundlage und wirken somit rentensteigernd; diese Rentenerhöhung ist nicht steuerfrei, sondern als Teil der Rente mit dem Ertragsanteil zu erfassen.

Besteuerung der Pensionäre

Versorgungsbezüge von im Ruhestand befindlichen Beamten, Richtern und Soldaten bzw. deren Witwen, Witwern oder Waisen sind mit ihrem Gesamtbetrag als Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit steuerpflichtig (und nicht nur mit dem Ertragsanteil wie bei den Renten), weil sie als Entlohnung für frühere Dienstleistungen anzusehen sind. Das gleiche gilt für Bezüge, die der ehemalige Arbeitgeber zahlt (Werkspensionen, „Betriebsrenten“).

Allerdings gibt es für Pensionen einen Versorgungsfreibetrag. Er beträgt 40 v.H. der Versorgungsbezüge, höchstens jedoch jährlich 3 072 Euro. Bei Versorgungsbezügen, die von privaten Arbeitgebern wegen Erreichens einer Altersgrenze gezahlt werden, wird der Freibetrag erst nach Vollendung des 63. Lebensjahres gewährt, bei Schwerbehinderten bereits nach Vollendung des 60. Lebensjahres. Zusätzlich ist ein Arbeitnehmer-Pauschbetrag abzuziehen. Versorgungsfreibetrag und Arbeitnehmer-Pauschbetrag werden automatisch berücksichtigt.

Ein pensionierter Beamter erhält eine jährliche Pension von 11 900 €.

Einnahmen	11 900 €
Versorgungsfreibetrag	3 072 €
(11 900 € x 40 % = 4 760 €, höchstens jedoch 3 072 €)	8 828 €
Arbeitnehmer-Pauschbetrag	1 044 €
Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit	7 784 €



Besteuerung von Vorruhestandsleistungen

Arbeitnehmer, die vorzeitig aus dem Erwerbsleben ausscheiden und hierfür von ihrem ehemaligen Arbeitgeber bis zum Beginn der Zahlung regelmäßiger Altersbezüge ein so genanntes Vorruhestandsgeld erhalten, müssen diese Leistungen als Versorgungsbezüge versteuern. Der Versorgungsfreibetrag wird unter den gleichen Voraussetzungen und im gleichen Umfang wie bei der Besteuerung der Pensionäre gewährt. Außerdem ist zu beachten, dass das Vorruhestandsgeld innerhalb bestimmter Grenzen als „Abfindung wegen einer vom Arbeitgeber veranlassten Auflösung des Dienstverhältnisses“ steuerfrei sein kann. Nähere Auskünfte erteilt das örtlich zuständige Finanzamt.

Weitere Steuervergünstigungen für Senioren

Neben den bereits erwähnten Vergünstigungen, die unmittelbar bei der Ermittlung der Einkünfte abgezogen werden, gibt es noch weitere Steuererleichterungen bei der Einkommen- und Lohnsteuer speziell für ältere Menschen.

Altersentlastungsbetrag

Viele ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger gehen auch im Ruhestand noch einer beruflichen Tätigkeit nach oder erzielen außer ihrer Rente bzw. ihren Versorgungsbezügen noch weitere Einkünfte, z. B. Mieten aus Vermietung und Verpachtung oder Zinsen aus Ersparnissen. Für Einkünfte außer Renten und Versorgungsbezügen steht ihnen in den Jahren nach Vollendung des 64. Lebensjahres ein Altersentlastungsbetrag in Höhe von 40 v. H. des Arbeitslohns und der positiven Summe der anderen Einkünfte zu. Der Altersentlastungsbetrag ist auf 1 908 Euro jährlich begrenzt. Bei der Zusammenveranlagung ist der Altersentlastungsbetrag jedem Ehegatten zu gewähren, der entsprechende Einkünfte hat und die Altersvoraussetzungen erfüllt. Der Altersentlastungsbetrag wird vom Finanzamt automatisch berücksichtigt; ein besonderer Antrag ist nicht erforderlich.

Hilfe im Haushalt und vergleichbare Leistungen bei Heimunterbringung

Aufwendungen für die Beschäftigung einer Hilfe im Haushalt können bis zu 624 Euro als außergewöhnliche Belastungen abgesetzt werden, wenn der Steuerpflichtige oder sein Ehegatte das 60. Lebensjahr vollendet hat.

Bei schwerer Behinderung (Grad der Behinderung mindestens 50) oder Hilflosigkeit (Merkzeichen „H“ im Behindertenausweis, Einstufung in Pflegestufe III nach dem Sozialgesetzbuch XI, dem Bundessozialhilfegesetz oder entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen) sind diese Aufwendungen bis zu 924 Euro abziehbar.

Wenn der Steuerpflichtige oder sein Ehegatte in einem Heim oder dauernd zur Pflege untergebracht ist und die Aufwendungen für die Unterbringung Kosten für Dienstleistungen enthalten, die mit denen einer Hilfe im Haushalt vergleichbar sind, können diese anstelle der Aufwendungen für die Beschäftigung einer Hilfe im Haushalt bis zu folgenden Höchstbeträgen als außergewöhnliche Belastung abgezogen werden:

624 Euro	bei Heimunterbringung, ohne dass der Steuerpflichtige oder sein Ehegatte pflegebedürftig ist;
924 Euro	bei Unterbringung zur dauernden Pflege.

Die Höchstbeträge für die Beschäftigung einer Hilfe im Haushalt oder wegen Heimunterbringung können bei einem Steuerpflichtigen und seinem Ehegatten insgesamt nur einmal abgezogen werden. Etwas anderes gilt nur, wenn die Ehegatten wegen der Pflegebedürftigkeit eines von ihnen an einer gemeinsamen Haushaltsführung gehindert sind.

Allgemeine Steuervergünstigungen

Neben den speziell für ältere Menschen vorgesehenen Steuervergünstigungen gibt es eine Vielzahl weiterer Steuererleichterungen, die ohne Bezug auf das Alter für alle Steuerpflichtigen bedeutsam sind.



Die Darstellung sämtlicher Regelungen würde den Rahmen dieser Broschüre sprengen. Deshalb kann nur ein kurzer Überblick über die besonders interessierenden Regelungen gegeben werden. Im Zweifelsfall wenden Sie sich bitte an Ihr zuständiges Finanzamt.

Als Sonderausgaben sind – im Rahmen gesetzlicher Höchstbeträge – zum Beispiel abziehbar

- ✗ der Eigenanteil zur Kranken- und Pflegeversicherung,
- ✗ Beiträge zur Haftpflichtversicherung,
- ✗ die gezahlte Kirchensteuer/das gezahlte Kirchgeld,
- ✗ Steuerberatungskosten,
- ✗ Spenden für steuerbegünstigte Zwecke,
- ✗ Beiträge an politische Parteien.

Als außergewöhnliche Belastungen werden zum Beispiel berücksichtigt

- ✗ Krankheitskosten,
- ✗ Kurkosten,
- ✗ Beerdigungskosten,

wenn diese Aufwendungen nicht durch Leistungen Dritter, zum Beispiel eine Versicherung, ersetzt werden und soweit sie einen bestimmten Prozentsatz der eigenen Einkünfte – die zumutbare Belastung – übersteigen.

Vermögensteuer

Die Vermögensteuer ist ab dem 1. Januar 1997 weggefallen.